

Malte Zabel

Euroskeptizismus

Ursprünge und Ausdrucksformen im Verlauf des europäischen Integrationsprozesses



Nomos

Schriften des
Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Herausgegeben von
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Band 78

Malte Zabel

Euroskeptizismus

Ursprünge und Ausdrucksformen im Verlauf des europäischen Integrationsprozesses



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 2017

ISBN 978-3-8487-4437-4 (Print)

ISBN 978-3-8452-8686-0 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für Jennifer und Mathilda Sophie

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Januar 2017 von der Philosophischen Fakultät der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn als Dissertation angenommen. Europapolitische Ereignisse konnten bis einschließlich Juni 2016 berücksichtigt werden.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater und akademischen Lehrer *Prof. Dr. Ludger Kühnhardt*, der meinen Weg bereits seit meinem Bachelor-Studium begleitet. Ohne seinen langjährigen Zuspruch, seine fachliche Expertise, seine Geduld und sein allzeit offenes Ohr für meine Ideen und Fragen wäre diese Dissertation nicht denkbar. Bedanken möchte ich mich auch bei *Prof. Dr. Wolfram Hilz*, für die Übernahme der Zweitgutachterschaft.

Mein Dank gilt ferner meiner Schwester *Sarah*, die bei brennender Schreibtischlampe für alle jene Dinge das notwendige Auge hatte, die mir angesichts der wissenschaftlichen Vertiefung entgangen sind.

Schlussendlich gilt mein größter Dank meiner Frau *Jennifer*, die mich während der nicht immer einfachen Zeit des Recherchierens, Exzerpierens und Schreibens stets unterstützt hat. Ich bedanke mich bei ihr für ihr Verständnis für arbeitsame Abende und Wochenenden, für ihr Vertrauen in mich und in die nächsten gemeinsamen Schritte und schließlich ihren steten Zuspruch, der mir der größtmögliche Rückhalt war – ihr und meiner Tochter *Mathilda Sophie* ist diese Arbeit gewidmet.

Bielefeld, im Juli 2017

Malte Tim Zabel

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
I Einleitung und Grundlagen	21
1 Fragestellung	21
1.1 Forschungsstand	25
1.2 Aufbau und Methodik	29
2 Erklärungsmodelle	34
2.1 Kausalfaktoren	34
2.1.1 Sozio-ökonomische Ursachen	35
2.1.2 Identitäts- und Kulturbezug	39
2.1.3 Bildung und kognitive Mobilität	43
2.1.4 Das Proxy-Modell	46
2.1.5 Parteien: Ideologie und Strategie	49
2.2 Katalysatorfaktoren	53
2.2.1 Mobilisierung durch politische Parteien	53
2.2.2 Einflussnahme der Medien	56
2.3 Rückschlüsse	58
II Begriffsarchäologie	61
1 Philosophischer Skeptizismus	61
1.1 Akademie und Pyrrhon – Antiker Skeptizismus	62
1.2 Renaissance der Skepsis	65
1.3 René Descartes – Überwindung der Skepsis durch den Skeptizismus	67
1.4 Der Idealtypus des Euro- <i>Skeptikers</i>	70
2 Der Euroskeptizismus-Begriff im allgemeinen und medialen Sprachgebrauch	72
2.1 Begriffliche Ursprünge	73
2.2 Gebräuchlichkeit in deutschen Printmedien	76
3 Der Euroskeptizismus-Begriff in der Politikwissenschaft	80
3.1 Pionier-Definition nach Paul Taggart und Aleks Sczcerbiak	81
3.2 Typologie nach Petr Kopecky und Cas Mudde	83
3.3 Weitere zweidimensionale Konzepte und Sørensens Kausalitätsansatz	85

4 Zusammenfassung	90
III Euroskeptizismus in der Aufbauphase der europäischen Integration	93
1 Strategische Konfliktlinien – Skepsis der USA	96
1.1 One World als Gegensatz zum europäischen Regionalbündnis	97
1.2 Die Vorstellung von einem offenen Gesamt Europa	101
1.3 Neujustierung aus pragmatischen Gründen – Die USA als Unterstützer des Einigungsprozesses	102
2 Europa-Feindlichkeit der Sowjetunion und des europäischen Kommunismus	107
2.1 Moskaus ideologische Gegnerschaft zum Integrationsprozess	107
2.2 Westeuropäische Kommunisten in Analogie zu Moskau – Doktrinäre Ablehnung der europäischen Integration	110
3 Die Unantastbarkeit des Nationalstaates – Anfänge des französischen Gaullismus	117
3.1 Eine »certaine idée de la France« und französische <i>grandeur</i> als Gegensatz zum Supranationalismus-Prinzip	118
3.2 Die Wahrung der Souveränität als europapolitisches Paradigma	120
4 Bewusste Abgrenzung vom Kontinent – Britischer Anti-Europäismus	125
4.1 Das außen- und geopolitische Paradigma: Großbritannien als außereuropäisches Machtzentrum	126
4.2 Das utilitaristische Paradigma: Ökonomische Abwägung als Motiv der Ablehnung	127
4.3 Das kulturell-historische Paradigma: Britische »Differentness«	129
4.4 Einflussnahme britischer Anti-Europäer auf den Integrationsprozess	134
5 Alternative Europa-Konzepte am Beispiel der Diskussion in Deutschland	136
5.1 Ein sozialistisches Europa als »Dritte Kraft«	136
5.2 Kontrapunkte des bürgerlichen Lagers	143
6 Zwischenbetrachtung	147
6.1 Kritik als Breitenphänomen mit begrenzten Auswirkungen	147
6.2 Heterogenität der Kritikmuster	153

IV Euroskeptizismus in der Konsolidierungsphase der europäischen Integration	155
1 Kontinuität und Wandel gaullistischer Europa-Kritik	156
1.1 Das gaullistische Konföderations-Modell – Die Fouchet-Pläne	157
1.2 Gegen das Supranationalismus-Prinzip – Die Krise des »leeren Stuhls« und der Luxemburger Kompromiss	160
1.3 Strukturelle Wandlungen und widerstreitende Positionen – der Gaullismus zwischen Tradition und Umbruch	169
2 Kontinuität und Wandel der kommunistischen Ablehnung	174
2.1 Revision des Dogmatismus: Das Lager um die PCI	176
2.2 Konservierung der orthodoxen Anfeindung: Das Lager um die PCF	183
2.3 Die Performanz im Europäischen Parlament	188
3 Nuancierungen des britischen Sonderfalls	193
3.1 Die Debatte um die EG-Mitgliedschaft	194
3.2 Willing Co-operation between Sovereign States – Die Rolle Margaret Thatchers	202
4 Reluctant Europeans – Nordische Vorbehalte	209
4.1 Neutralität und Autonomie	210
4.2 Postmaterialistische Werte und wohlfahrtsstaatliches System	213
5 Frontstellungen am rechten Rand	217
5.1 Die intellektuelle Ebene: Europa-Konzeptionen der Neuen Rechten	219
5.2 Die parteipolitische Ebene: Anfänge radikalrechter Europa-Kritik	225
5.3 Die Performanz im Europäischen Parlament	230
6 Trends in der öffentlichen Meinung: Der permissive Konsens	234
7 Zwischenbetrachtung	242
7.1 Kritik als Randphänomen mit begrenzten Auswirkungen	242
7.2 Nuancierungen in den Angriffspunkten	245
V Euroskeptizismus in der Politisierungsphase der europäischen Integration	247
1 Radikallinke Parteien – Zwischen Ablehnung, Kritik und Populismus	248
1.1 Neue Strukturbedingungen für die europapolitische Ausrichtung	249
1.2 Die Heterogenität der radikallinken Parteien	251

1.3 Performanz im Europäischen Parlament und außerparlamentarische Kooperation	257
1.4 Neue Wirkungspotentiale	263
2 Rechtspopulistische Parteien – Europa-Gegner ohne Zusammenhalt?	269
2.1 Neue Strukturbedingungen für die europapolitische Ausrichtung	271
2.2 Die Heterogenität der rechtspopulistischen Parteien	277
2.3 Performanz im Europäischen Parlament und außerparlamentarische Kooperation	287
2.4 Neue Wirkungspotentiale	300
3 Das reformistisch-konservative Lager – Formierung einer EU-kritischen Bewegung	306
3.1 »Eurorealismus« als Abgrenzung zu Föderalismus und Euroskeptizismus	307
3.2 Performanz im Europäischen Parlament und außerparlamentarische Kooperation	312
3.3 Wirkung und Wirkungspotentiale	320
4 Trends in der öffentlichen Meinung: »Post-Maastricht Blues« und Vertrauenskrise	326
4.1 Trendverläufe	328
4.2 Erklärungsmodelle	333
4.3 Die Europawahl 2014 – Ein euroskeptisches Schlaglicht?	335
4.4 Auswirkungen auf den Integrationsprozess	340
5 Zwischenbetrachtung	344
5.1. Alte Kausalfaktoren, neue Gelegenheitsstrukturen	344
5.2 Wirkungsbilanz und Wirkungspotentiale	346
VI Euroskeptizismus und Politisierung als politikwissenschaftliches Erklärungsmodell	351
1 Euroskeptizismus und die drei Dimensionen des Politischen	352
2 Die Polity-Dimension: Einschränkung der nationalen Handlungsautonomie	353
3 Die Policy-Dimension: Erweiterung des Raumes für inhaltliche Reibungspunkte	356
4 Die Politics-Dimension: Europa als Faktor im politischen Wettbewerb	360
5 Euroskeptizismus als intrinsisches Phänomen	363

VII Fazit	365
1 Hintergründe eines diffusen Begriffs und eines vielschichtigen Phänomens	365
2 Eine euroskeptische Geschichte	366
3 Immanenter Bestandteil eines politischen Systems	371
Quellen- und Literaturverzeichnis	373
Gedruckte Quellen, Internetquellen und Quellensammlungen	373
Kommentierungen zu Quellentexten	377
Tertiärliteratur	377
Monographien	377
Sammelbände und Schriftenreihen	382
Fachzeitschriften	392
Research Paper	399
Zeitungsartikel	402
Internetartikel	404

Abkürzungsverzeichnis

ACML	Anti-Common Market League
ADF	Alternativ Demokratisch Reformpartei (Alternative Demokratische Reformpartei)
AECR	Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten
AENM	Alliance of European National Movements
AES	Alternativa Española (Spanische Alternative)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfD	Alternative für Deutschland
AKEL	Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou (Fortschrittspartei des werktätigen Volkes)
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
ALFA	Allianz für Fortschritt und Aufbruch
AN	Alleanza Nazionale (Nationale Allianz)
ANEL	Anexartiti Ellines (Unabhängige Griechen)
BBZ	Balgarija bes zensura (Bulgarien ohne Zensur)
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BNP	British National Party
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CA	Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte)
CDS-PP	Centro Democrático e Social – Partido Popular (Demokratisches und Soziales Zentrum – Volkspartei)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
COREPER	Comité des représentants permanents
CPI	Communist Party of Ireland
CPN	Communistische Partij van Nederland (Kommunistische Partei der Niederlande)
CSCM	Labour Committee for Safeguards on the Common Market
CSU	Christlich Soziale Union Deutschlands
CR	Conservatori e Riformisti
CU	ChristenUnie (ChristenUnion)
DF	Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei)
DKP	Danmarks Kommunistiske Parti (Kommunistische Partei Dänemarks)

Abkürzungsverzeichnis

EAF	European Alliance for Freedom
EAKL	Europäische Antikapitalistische Linke
EB	Standard-Eurobarometer
ECFR	European Council on Foreign Relations
ECPM	Europäische Christliche Politische Bewegung
ED	Europäische Demokraten
EDD	Europa der Demokratien und der Unterschiede
EDP	Europäische Demokratische Partei
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFD	Europa der Freiheit und der Demokratie
EFDD	Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGP	Europäische Gründe Partei
EKR	Europäische Konservative und Reformer
EL	Partei der Europäischen Linken
EL-RG	Enhedslisten – De rød-grønne (Einheitsliste – Die Rot-Grünen)
EN	Europa der Nationen
ENA	École Nationale d'Administration
ENF	Europa der Nationen und der Freiheit
EP	Europäisches Parlament
EPEN	Ethniki Politiki Enosis (Nationale Politische Einheit)
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
ER	Fraktion der Europäischen Rechten
ESB	Europäische Soziale Bewegung
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EVP	Europäische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank
FAM	Familien-Partei
FBM	Forward Britain Movement
FDP	Freiheitlich Demokratische Partei

FF	Fianna Fáil Party
FN	Front National
Fn	Fuerza Nueva (Neue Kraft)
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
Frp	Fremskridtspartiet (Fortschrittspartei)
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GATT	General Agreement on Tarrifs and Trade
GL	GroenLinks (GrünLinks)
GRECE	Groupement de Recherche et d'Études pour la Civilisation Européenne
Grüne/EFA	Die Grünen/Europäische Freie Allianz
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GUE	Gauche Unitaire Européenne
GUE/NGL	Gauche Unitaire Européenne – Nordic Green Left
HKS	Hrvatska konzervativna stranka (Kroatische Konservative Partei)
I-EN	Fraktion der Unabhängigen für das Europa der Nationen
IND/DEM	Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie
ITS	Fraktion Identität, Tradition, Souveränität
IU	Izquierda Unida (Vereinigte Linke)
IWF	Internationaler Währungsfonds
Jobbik	Jobbik Magyarorszáért Mozgalom (Bewegung für ein besseres Ungarn)
KFP	Konservative Folkeparti
KKE	Kommunistikó Kómma Elládas (Kommunistische Partei Griechenlands)
KNP	Kongres Nowej Prawicy (Kongress der neuen Rechten)
KOK	Kansallinen Kokoomus (Nationale Sammlungspartei)
Kominform	Kommunistisches Informationsbüro
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSČM	Komunistická strana Čech a Moravy (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens)
LN	Lega Nord/Lega Lombarda (Liga Nord, Lombardenliga)
LNNK	Tēvzemei un Brīvībai/LNNK (Für Vaterland und Freiheit)
LLRA	Lietuvos lenkų rinkimų akcija (Wahlaktion der Polen Litauens)

Abkürzungsverzeichnis

MDC	Mouvement des Citoyens
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MENF	Movement for a Europe of Nations and Freedom
MER	Movement for European Reform
MP	Member of Parliament
MPF	Mouvement pour la France
MRC	Mouvement Républicain et Citoyen
MSFT	Movimento Sociale – Fiamma Tricolore (Soziale Bewegung – Dreifarbige Flamme)
MSI	Movimento Sociale Italiano (Italienische Sozialbewegung)
M5S	MoVimento 5 Stelle (Fünf-Sterne-Bewegung)
N	Niezależny (Die Unabhängigen)
NA	Coalition Nacionālā apvienība (Nationale Allianz)
ND	Nea Dimokratia (Neue Demokratie)
NEC	National Executive Committee
NFSB	Nazionalen front sa spasenie na Balgarija (Nationale Front für die Rettung Bulgariens)
NGLA	Nordisch grün-linke Allianz
NOV	NOVA/ Občianska konzervatívna strana/Konzervatívni demokrati Slovenska (Konservative Demokraten der Slowakei)
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
N-VA	Nieuw-Vlaamse Alliantie (Neu-Flämische Allianz)
ODS	Občanská demokratická strana (Demokratische Bürgerpartei)
OL	Obyčajní ľudia a nezávislé osobnosti (Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen)
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PASOK	Panellinio Sosialistiko Kinima (Panhellenische Sozialistische Bewegung)
PCE	Partido Comunista de España (Kommunistische Partei Spaniens)
PCF	Parti Communiste Français
PCI	Partito Comunista Italiano (Kommunistische Partei Italiens)
PCP	Partido Comunista Português (Kommunistische Partei Portugals)
PDS	Partito Democratico della Sinistra (Demokratische Partei der Linken)
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PERUS	Perussuomalaiset (Die Finnen)

PiS	Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit)
PJN	Polska Jest Najważniejsza (Polen ist das Wichtigste)
PPEU	Europäische Piratenpartei
PR	Prawica Rzeczypospolitej (Rechter Flügel der Republik)
PRC	Partito della Rifondazione Comunista (Partei der Kommunistischen Wiederbegründung)
PRM	Partidul România Mare (Großrumänienpartei)
PS	Parti socialiste (Sozialistische Partei)
PSI	Partito Socialista Italiano (Sozialistische Partei Italiens)
PSI	Pozitivna Slovenija (Positives Slowenien)
PSOE	Partido Socialista Obrero Español (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei)
PVV	Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit)
REP	Republikaner
RFSR	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
RPR	Rassemblement pour la République
SAP	Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens)
SaS	Sloboda a Solidarita (Freiheit und Solidarität)
SD	Sverigedemokraterna (Schwedendemokraten)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SGP	Staatkundig Gereformeerde Partij (Reformierte Politische Partei)
SNS	Slovenská národná strana (Slowakische Nationalpartei)
SP	Socialistische Partij (Sozialistische Partei)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPE	Sozialdemokratische Partei Europas
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SSO	Strana svobodných občanů (Partei der freien Bürger)
SYN	Synaspismós
SYRIZA	Synaspismós Rizospastikís Aristerás (Koalition der Radikalen Linken)
S&D	Progressive Allianz der Europäischen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
TER	Technische Fraktion der Europäischen Rechten
TGI	Technische Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten
TT	Tvarka ir teisingumas (Ordnung und Gerechtigkeit)

Abkürzungsverzeichnis

UDF	Union pour la Démocratie Française
UDR	Union des démocrates pour la cinquième République
UEN	Union für das Europa der Nationen
UfE	Union für Europa
UKIP	United Kingdom Independence Party
UMP	Union pour un mouvement populaire
UNR	Union pour la Nouvelle République
UUP	Ulster Unionist Party
VB	Vlaams Blok/Vlaams Belang (Flämische Interessen)
VMRO	Balgarsko nazionalno dwischenie (Bulgarische Nationale Bewegung)
WACAM	Women Against the Common Market
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

I Einleitung und Grundlagen

1 Fragestellung

»Euro sceptic ‚earthquake‘ rocks EU elections« – anschaulicher hätte die Headline eines BBC-Berichts vom 26. Mai 2014 die allgemeine Stimmungslage in Europa kaum zu Ausdruck bringen können (BBC 2014a).¹ Die in der vorangegangenen Nacht entschiedenen Europawahlen waren eine Sternstunde für all jene Parteien, die im Wahlkampf gegen »Brüssel« Stimmung gemacht hatten. In Frankreich hatte der rechtspopulistische Front National (FN) mit 25 Prozent die Wahl gewonnen. In Großbritannien war die für den EU-Austritt werbende United Kingdom Independence Party (UKIP) mit 26,8 Prozent stärkste Kraft geworden. Zum ersten Mal seit mehr als hundert Jahren hatten im Vereinigten Königreich weder die Tories noch Labour eine Wahl zu ihren Gunsten entscheiden können. In Dänemark hatte sich mit der Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei, DF) eine EU-kritische Partei mit mehr als einem Viertel der Wählerstimmen (26,7 Prozent) den Sieg geholt. Auch in den Niederlanden, Österreich, Ungarn, Griechenland, Italien und Finnland hatten Parteien, die im Wahlkampf massive Kritik an der EU geübt hatten, zweistellige Ergebnisse eingefahren. Bei der konstituierenden Sitzung des neuen Europäischen Parlaments am 1. Juli 2014 nahmen nach Schätzungen von Uwe Optenhögel und Mitautoren schlussendlich 180 EU-skeptische Abgeordnete (von insgesamt 751) einen Sitz im Straßburger Haus ein (vgl. Optenhögel et al. 2014: 3). Ein vergleichbares Ergebnis hatte es seit der ersten Wahl 1979 noch nie gegeben.²

Für politische Eliten und enthusiastische Europa-Befürworter mündete das Wahlergebnis in einen Schockzustand. Dabei kam es keinesfalls aus dem Nichts. Schon in den Vorjahren der Wahl – zeitlich einhergehend mit der Ausweitung der als »Eurokrise« bezeichneten fiskalischen und politischen Schieflage der EU – hatten weniger beachtete politische Ereignisse

1 Die BBC übernahm damit ein Label, das die Vorsitzende des französischen Front National, Marine Le Pen, für die Wahl vom 25. Mai 2014 gefunden hatte.

2 Die amtlichen Wahlergebnisse der Europawahl 2014 finden sich auf der Website des Europäischen Parlaments unter <http://www.europarl.europa.eu/elections/2014-results/de/election-results-2014.html>. Für Kurzanalysen der einzelnen Länder vgl. Krumm/Seyfferth 2014.

stattgefunden, die ihren Ausgangspunkt ebenfalls in einer kritischen Einstellung gegenüber der europäischen Integration hatten. Bereits im April 2011 hatte die finnische Perussuomalaiset (Die Finnen, PERUS) angekündigt, im Falle eines Wahlsieges finanzielle Hilfspakete für fiskalpolitisch angeschlagene Euro-Staaten blockieren zu wollen. Als Resultat gewann die vorher allenfalls als politische Randerscheinung zu klassifizierende Partei bei nationalen Wahlen quasi »aus dem Stand« 19 Prozent der Wählerstimmen. Nur einen Monat später hatte die dänische Minderheitsregierung unter massivem Druck der DF beschlossen, die mit dem Schengener Abkommen aufgehobenen Grenzkontrollen wieder einzuführen, und damit die Freiheiten des Binnenmarktes – für viele der Nukleus der europäischen Integration – in Frage gestellt (vgl. Herrmann 2012). In Deutschland klagten unterdessen im September 2012 37.000 Bürger sowie die Bundestagsfraktion der Partei Die Linke und der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler im Rahmen der bis dato größten Verfassungsbeschwerde in der Geschichte der Bundesrepublik vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) gegen die Rechtmäßigkeit des Europäischen Stabilitätsmechanismus' (ESM). In der Begründung der Kläger hieß es, dass tausende Menschen »besorgt und empört darüber [seien], dass mit den Verträgen unwiederbringlich Haushaltskompetenzen und Souveränitätsrechte nach Brüssel abgegeben werden sollen und das Ganze völlig an der Bevölkerung vorbei läuft« (vgl. Spiegel Online 2012). Von besonderer Bedeutung war schließlich die Ankündigung des britischen Premierministers David Cameron vom 23. Januar 2013, im Falle eines Wahlsieges seiner Conservative Party bei den Unterhauswahlen 2015 Großbritanniens Beziehung zur EU neu verhandeln zu wollen, um anschließend das Ergebnis der britischen Bevölkerung in Form eines Referendums über Austritt oder Verbleib zur Abstimmung vorzulegen (Cameron 2013). Erstmals in der Geschichte der EU hob damit ein demokratisch gewählter Regierungschef den Austritt, welcher vom genuinen Prozess-Wesen der europäischen Integration nicht intendiert und denn auch noch nie vorgekommen ist, aus dem Gefilde politischer Randdebatten zu einer realpolitischen Option. Tatsächlich stimmte die britische Bevölkerung am 23. Juni 2016 bei einer Wahlbeteiligung von 72,2 Prozent mit 51,9 Prozent mehrheitlich für den sogenannten »Brexit«, was die EU in eine präzedenzlose Krise stürzte (vgl. BBC 2016).³

3 Die detaillierten Ergebnisse des Referendums finden sich unter http://www.bbc.com/news/politics/eu_referendum/results. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Arbeit lässt sich noch nicht sagen, ob und wann der britische Austritt aus der EU eintritt.

Diese exemplarische Aufzählung deutet darauf hin, dass EU-kritische Einstellungen sowohl bei politischen Eliten als auch in der breiten Öffentlichkeit seit einigen Jahren stark zugenommen haben. »Eurocepticism has spread across the continent like a virus«, urteilten etwa Jose Ignacio Torreblanca und Mark Leonard vom European Council on Foreign Relations (ECFR) treffend (Torreblanca/Leonard 2013: 1). Noch im Frühjahr 2007 hatten 57 Prozent der von der Europäischen Kommission befragten Europäer angegeben, dass sie der EU »eher vertrauen«. Bis Anfang 2013 fiel dieser Wert auf den Tiefstand von 31 Prozent. In demselben Zeitraum stieg die Zahl derer, die von der EU ein »insgesamt negatives Bild« haben, von lediglich 14 auf den Rekordwert von 29 Prozent. Und während 2007 nur 24 Prozent die Zukunft der EU »pessimistisch« eingeschätzt hatten, taten dies Anfang 2013 46 Prozent (vgl. Europäische Kommission 2013: 9ff.). Diese Entwicklung ist vor allem insofern bemerkenswert, als EU- bzw. EG-Kritik von den Anfangsjahren der europäischen Integration bis in die 1990er Jahre mitnichten als Breitenphänomen identifiziert worden ist. Die Dynamik der letzten Jahre – illustriert sowohl durch politische Leuchtturmereignisse wie die eingangs beschriebenen als auch durch einen allgemeinen Anstieg populären Unmuts – ist ein schlagkräftiges Indiz dafür, dass die Bedeutung jener Einstellungsmuster, die im öffentlichen Diskurs unter dem Schlagwort »Euroskeptizismus« gebündelt werden, immens gewachsen ist. Dies allein reichte aus, um einer tiefgreifenden Untersuchung dieses Themas einen erheblichen Mehrwert für die politikwissenschaftliche Forschung beizumessen. Ein solcher begründet sich darüber hinaus aber auch in einem weiteren Umstand: Bislang hat die Forschung Euroskeptizismus als vergleichsweise junges Phänomen begriffen. Erst zu Beginn der 1990er und dann verstärkt ab der zweiten Hälfte der 2000er Jahre hat sich die Wissenschaft mit europakritischen Argumentationslinien befasst und dabei fast ausschließlich die jeweilige Gegenwart bzw. jüngste Vergangenheit in den Blick genommen. Dies hat zur Folge, dass kaum fundierte Kenntnisse über die Ursprünge und Wandlungsprozesse von Euroskeptizismus im Verlauf der Integrationsgeschichte existieren. Dabei ist die Annahme, dass angesichts einer fast 70-jährigen Integrationsgeschichte kritische Stimmen erst mit dem Vertrag von Maastricht von 1992/93, bei dem zahlreiche Studien ansetzen, ihren Platz in europapolitischen Vorgängen und Debatten gefunden haben sollen, kaum plausibel. Ob Euroskeptizismus eine Art Ideengeschichte hat, welche Spielarten dieses Phänomens bislang aufgetreten sind, wer die jeweiligen Protagonisten waren und wie diese ihre Kritik kommuniziert und politisch praktiziert haben, ist bis dato unklar. Folgerichtig ist bislang ebenfalls nicht eingehend untersucht worden, ob und wie die Kritiker, Gegner und Zweifler

des Integrationsprozesses tatsächlichen Einfluss auf den Geschichtsverlauf der europäischen Integration genommen haben, oder ob die heutige Erscheinungsform der Polity »EU« lediglich das Werk pro-europäischer Entscheider ist, angefangen bei den namhaften Gründungsvätern um Konrad Adenauer, Jean Monnet, Altiero Spinelli und Co. Eine historisch fundierte Bilanz über die Auswirkungen von Euroskeptizismus existiert bislang nicht. Dabei würde eine Analyse der im geschichtlichen Verlauf aufgetretenen Erscheinungsformen und Entwicklungsprozesse des Euroskeptizismus' sowie deren Einflussnahme auf den Integrationsprozess zweifellos zu einem tieferen Verständnis dieses komplexen Themas führen und gerade für die vergleichende Forschung neue Wege eröffnen. Diese Arbeit widmet sich deswegen dem zentralen Fragenkomplex, wann, in welcher Form, von wem artikuliert und mit welchen Auswirkungen Euroskeptizismus im Verlauf des europäischen Integrationsprozesses aufgetreten ist. Sie hat den Anspruch, die in dieser Hinsicht entscheidenden Akteure der politischen Elite und deren Argumentationslinien sowie den Verlauf der öffentlichen Meinung zu skizzieren und bezüglich ihres Wirkens auf den Werdungsprozess der heutigen EU zu analysieren.

Die Komplexität dieser Frage begründet sich zum einen in dem Erfordernis, die Geschichte der europäischen Integration »zwischen den Zeilen« in den Blick zu nehmen und sich mit Akteuren und Determinanten zu befassen, die bislang in der Forschung vergleichsweise wenig Beachtung fanden. Sie basiert zum anderen auf begrifflichen Unklarheiten. Dass »Euroskeptizismus« verschiedenartig begründet, kommuniziert und ausgerichtet sein kann, ist eine evidente Feststellung. Aus ihr folgert indes, dass es *den einen*, klar konturierten Euroskeptizismus nicht gibt. Allein die Feststellung, dass sich ohne nähere Betrachtung nicht explizit benennen lässt, was genau eigentlich unter dem Begriff »Euroskeptizismus« zu verstehen ist, dient als Indiz für diesen Schluss. Die einen mögen unter diesem Terminus eine prinzipielle und voreingenommene Ablehnung der Idee der europäischen Integration verstehen, die anderen hingegen begründeten Zweifel an der Richtigkeit einzelner Integrationsaspekte oder Politikentscheidungen. Das Spektrum möglicher Konnotationen ist breit, was wiederum die Frage aufwirft, ob »Euroskepsis« überhaupt für jedes der unter dieser Worthülse subsumierten Phänomene das linguistisch passende Wort ist.⁴ Tatsächlich ist

4 Der Europaabgeordnete Elmar Brok (CDU) etwa vertritt den Standpunkt, dass „jene, die heute [November 2013] gegen die EU polemisieren und die Nation wieder beschwören (...) keine Euro-Skeptiker sondern Geschichtsverweigerer“ seien (Europa-Union Deutschland 2013).

bislang kaum hinterfragt worden, was »Skeptizismus« im Europa-Kontext eigentlich bedeutet bzw. bedeuten müsste und wie dieser Ausdruck demgegenüber im Laufe der Jahre tatsächlich verstanden worden ist. Dies ist auch insofern erstaunlich, als der Begriff »Skeptizismus« kein beliebiger ist, sondern bis in die Antike zurückreichende Stoßrichtungen der Philosophie bezeichnet. Neben der Untersuchung der Geschichte sowie der Auswirkungen mangelt es in der Forschung also an einer begrifflichen und phänomenalen Ideengeschichte des Begriffes »Euroskeptizismus«, welche das Wort und die damit verbundenen Erscheinungen in den Kontext der Entwicklung des europäischen Projektes setzt. Bevor sich diese Arbeit auf ein polit-historisches Phänomen »Euroskeptizismus« beziehen kann, muss sie sich daher zunächst mit dem Begriff »Euroskeptizismus« auseinandersetzen.

1.1 Forschungsstand

Bis in die 1990er Jahre sind Kritik und Zweifel am Integrationswesen sowie der Institution EU von der Wissenschaft kaum diskutiert worden. Insbesondere die Haltung der Öffentlichkeit wurde in den Erstaufschlägen der Integrationstheorien eher »im Nebensatz« analysiert. Bei Karl W. Deutsch' Transaktionalismus,⁵ Ernst B. Haas' Neo-Funktionalismus⁶ und Stanley

5 Erste wichtige Integrationstheorie der Nachkriegszeit; begründet von Karl W. Deutsch (vgl. Deutsch et al. 1957). Grundaussage: Die Entstehung einer Gemeinschaft hängt von der „Dichte und Intensität der Austauschbeziehungen“ der Akteure der Gemeinschaft ab. „Je vielfältiger und umfassender die Transaktionen und Kommunikationsströme sind, umso größer wird auch die Chance für gegenseitiges Verständnis, das Entstehen einer gemeinsamen Identität, sowie das Gefühl der Sicherheit. Und umso geringer wird auch die reale Möglichkeit des Krieges (...)“ (Grimmelt/Jakobeit 2009: 74).

6 Dominierende Integrationstheorie von ca. 1958 bis ca. 1975; begründet von Ernst B. Haas (vgl. Haas 1958), aufbauend auf David Mitrany's Funktionalismus (vgl. Mitrany 1943); revidiert und weiterentwickelt u. a. von Lindberg (vgl. Lindberg 1963), Schmitter (vgl. Schmitter 1971) und Nye (vgl. Nye 1971). Grundaussage: Grenzüberschreitende, regionale Arbeitsteilung bildet „vielfältige transnationale Interdependenzen“ heraus, „die rasch [weitere] Kooperationsnotwendigkeiten nach sich ziehen.“ (Wolf 2012: 60) Insofern lösen anfängliche, sektorale Integrationsschritte eigendynamisch Integrationsschritte in weiteren Sektoren aus („Spill-Over-Effekt“).

Hoffmanns Intergouvernementalismus⁷ sowie den Weiterentwicklungen dieser Schulen findet die öffentliche Meinung nur vereinzelt Beachtung und erlangt mitnichten Prioritätscharakter (vgl. Sinnott 1995: 12-24). Wie Haas schon 1958 feststellte, war die europäische Integration in ihren Anfängen ein hinter den Türen der Bürokratie verschlossenes Elitenprojekt, das es nicht nötig habe, sich an Meinungsumfragen zu orientieren (vgl. Haas 1958: 17). Derartig vom zu der Zeit führenden Integrationstheoretiker in die Ecke gestellt, wurde die Haltung der Bevölkerung in den Folgejahren von der Politikwissenschaft nahezu ignoriert und auch in den Sozialwissenschaften nur vereinzelt thematisiert (vgl. Sinnott 1995: 29, vgl. a. Laumen/Maurer 2006: 5). Dies ändert sich erst mit Ronald Inglehart, der sich 1970, und damit vergleichsweise früh, in seiner Theorie der »stillen Revolution des Wertewandels« mit ursächlichen Faktoren für die Bewandnis öffentlicher Einstellungen gegenüber der Politik im Allgemeinen und durch sein Prinzip der »Kognitiven Mobilisierung« gegenüber der EG im Speziellen befasst hat (vgl. Inglehart 1970a, Inglehart 1970b). Ingleharts These, welche an späterer Stelle noch genauer betrachtet wird, besagt, »dass ein Verständnis der europäischen Integration wesentlich sei, um die Bürger mit der EG vertraut zu machen, Bedrohungsängste zu lindern und eine positive Identifikation zu ermöglichen« (Tiemann et al.: 2011: 43, s. Kapitel I, 2.1.3). Bezeichnenderweise war Inglehart neben Jacques-René Rabier⁸ denn auch einer der

7 Gegentheorie zum Neo-Funktionalismus; begründet von Stanley Hoffmann (vgl. Hoffmann 1966), baut auf dem Realismus der Internationalen Beziehungen auf. Grundaussage: Der Integrationsprozess dient der Artikulation nationalstaatlicher Interessen, supranationale Strukturen haben insb. aufgrund der Verschiedenartigkeit der Nationalstaaten nur geringe Aussicht auf Erfolg und werden weder als wirkungsvoll erachtet noch als Selbstzweck akzeptiert. „Die Nationalstaaten bilden – sowohl in der Weltpolitik als auch in der europäischen Integration – die zentralen Einheiten, deren politische Strategien es zu analysieren gilt.“ (Bieling 2012: 79f.) Andrew Moravcsik entwickelte die Theorie zum „liberalen Intergouvernementalismus“ weiter (vgl. Moravcsik 1993). Nach diesem „werden die nationalstaatlichen Interessen (...) nicht in erster Linie durch die Machtverteilung zwischen den Staaten, sondern durch einen innergesellschaftlichen Präferenzbildungsprozess bestimmt.“ (Steinhilber 2012: 141)

8 Jacques-René Rabier war erster Generaldirektor des Presse- und Informationsdienstes der Hohen Behörde und später der Europäischen Kommission. Sein umtriebige Engagement um die Stimulierung der europäischen Öffentlichkeitsarbeit wird in der Retrospektive weitgehend geschätzt: „Jacques-René Rabier organised conferences, meetings and numerous study days. He sought to address

Begründer des 1973 erstmals erhobenen Eurobarometers und verankerte in den Umfragekatalogen der Europäischen Kommission sowohl die Frage nach der Teilnahme an politischen Diskussionen, als auch diejenige nach der Absicht, bei anderen Überzeugungsarbeit für seine eigene politische Meinung zu leisten (vgl. Tiemann et al. 2011: 43).

In demselben Jahr, in welchem Inglehart seine Analyse der Kausalfaktoren öffentlicher Einstellungen zu der EG vorlegte, wurde aber auch die bereits von weiten Teilen der Forschung sowie der politischen Elite suggerierte Unerheblichkeit der Öffentlichkeit für den Verlauf des Integrationsprozesses fest in der Wissenschaft verankert. Leon N. Lindberg und Stuart A. Scheingold formulierten 1970 ihren »Permissive Consensus«, welcher fortan für ca. 20 Jahre Geltung konsensualen Ranges hatte (Lindberg/Scheingold 1970: 249). Demzufolge konnte – wenn auch keine überschwängliche Begeisterung – ein »stilles Einverständnis« bzw. eine »freundliche Indifferenz« der Bevölkerung gegenüber der Entwicklung der EG von den politischen Architekten generell vorausgesetzt werden, ohne dass dies in entscheidender Weise für die Gestaltung europäischer Politik bzw. für die Entwicklung der europäischen Institutionen maßgeblich gewesen wäre (Laumen/Maurer 2006: 5, Schäfer 2006: 350, vgl. a. Sinnott 1995: 24ff., Knelangen 2012: 32f.). Die öffentliche Meinung galt stattdessen als »Hintergrund-Variable« im Integrationsprozess und musste demnach von den Protagonisten der Integration in Wirtschaft und Politik nur am Rande beachtet und keinesfalls aktiv einbezogen werden (vgl. Lindberg/Scheingold 1970: 250, Laumen/Maurer 2006: 4). Folgerichtig haben sowohl die integrationstheoretische als auch die empirische Forschung bis zu Beginn der 1990er Jahre europakritische Fliehkräfte in der Öffentlichkeit kaum erfasst. Erst ab diesem Zeitraum entwickelten sich diese im Zuge der wissenschaftlichen Debatte um einen spürbaren Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung sukzessive zu einem eigenständigen Problembereich. Die For-

youth movements, university circles and adults undergoing training as well as journalists and trade unionists, consumer organisations and women's movements. He was keen to communicate on Community issues not only via the written press but also such media as radio and television.“ (Centre Virtuel de la Connaissance sur l'Europe [CVCE] 2012: Short biography of Jacques-René Rabier) Karl-Alois Bläser bezeichnet Rabier als einen „engagierte[n] Franzose[n]“, der im Eurobarometer die Möglichkeit gesehen habe, „einen Beitrag zur Integration der Europäischen Gemeinschaften zu leisten, und ein Instrument, die Einheit Europas zu Beginn der 1970er Jahre weiteranzutreiben.“ (Bläser 2013: 351)

schung hatte überwiegend anhand der Auswertung von Eurobarometer-Datensätzen registriert, dass in den Jahren um die Verabschiedung des Maastrichter Vertrages (1992/1993) der Rückhalt der europäischen Bürger gegenüber der EU signifikant abgenommen hatte und die Höhen der späten 1980er Jahre mit der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) in der Folgezeit nicht mehr erreichen konnte. Das erste umfassendere Werk, das diese neue Problemkonstellation gleich aus mehreren Perspektiven aufgriff, war der 1995 von Oskar Niedermayer und Richard Sinnott vorgelegte Sammelband »Public Opinion and Internationalized Governance«. Darin skizziert Sinnott mit seinem Aufsatz »Bringing Public Opinion Back In« die inzwischen offenkundig gewordene Relevanz der Öffentlichkeit für die Integration, während Niedermayer in »Trends and Contrasts« erste empirische Erklärungsversuche für den Stimmungsumbruch liefert (vgl. Sinnott 1998, Niedermayer 1998). Mehrere Autoren griffen diese Untersuchungen in der Folgezeit auf und fanden für den erkannten Bruch einprägsame Begrifflichkeiten. Richard C. Eichenberg und Russel J. Dalton sprechen in diesem Zusammenhang etwa von einem »Post-Maastricht Blues« (Eichenberg/Dalton 2007), Liesbet Hooghe und Gary Marks skizzieren gar eine Entwicklung vom Lindberg-Scheingoldschen »Permissive Consensus« hin zu einem »Constraining Dissensus« (Hooghe/Marks 2008: 5).

Der mit dem Maastrichter Vertrag einsetzende Stimmungswandel hat dazu geführt, dass die Politik- und Sozialwissenschaften einen verstärkten Fokus auf Einstellungsmerkmale gegenüber dem Integrationsprozess und ihr Zustandekommen gerichtet haben (vgl. Thomassen 2009). Einstweilen wurden Kausal-Thesen für das Entstehen und die Kultivierung europakritischer Einstellungen entwickelt, die über Ingleharts Erstaufschlag aus den 1970er Jahren weit hinaus reichen und sich in ihrer Mehrzahl auf stichhaltige empirische Befunde stützen (s. Kapitel I, 2). Auf diesem Feld haben sich insbesondere Matthew J. Gabel, Lauren McLaren, Hooghe und Marks, Eichenberg und Dalton sowie im deutschsprachigen Raum Bernhard Weßels hervorgetan.⁹ Ab den 2000er Jahren wurden ferner zunehmend räumliche Ansätze verfolgt, welche das europakritische Potential einzelner

9 Vgl. exempl. Gabel 1998a u. 1998b, McLaren 2002, 2004 u. 2006, Hooghe/Marks 2004 u. 2007, Eichenberg/Dalton 1993 u. 2007 sowie Weßels 1995, 2007 u. 2009.

Länder, Ländergruppen oder Regionen untersuchen und mitunter zueinander in Vergleich stellen.¹⁰

Auch mit Blick auf die kritischen Eliten, verstanden als Parteien und politische Entscheider, hat die Forschung erst spät angefangen, eingehendere kontextuale Untersuchungen anzustellen. Inzwischen wurde die Bedeutung von Widerständen gegen die EU in den europäischen Parteienlandschaften zwar eindringlich untersucht,¹¹ aber auch diese Studien beziehen sich nahezu ausschließlich auf die Gegenwart oder in ihrer historischen Reichweite nur sehr limitierte Untersuchungszeiträume.

Somit ist der Forschungsstand zum Thema »Euroskeptizismus« im Allgemeinen summarisch zwar beträchtlich, jedoch bei weitem nicht erschöpfend. Neben den Schwerpunktthemen der vorliegenden Arbeit – begriffliche und phänomenale Ideengeschichte sowie die Frage nach den Auswirkungen – bleiben für die Zukunft noch weitere Felder zu bearbeiten. Die Erklärungsmodelle etwa wurden bislang nur unzureichend qualitativ gegeneinander abgewogen. Ferner gibt es nur wenige Arbeiten, die mit den gegenwärtig verfügbaren Daten operieren. Einige quantitativ-empirische Studien aus den 1990er und den frühen 2000er Jahren, die zweifellos weiterführende Ergebnisse geliefert haben, müssten aktualisiert werden.

1.2 Aufbau und Methodik

Die Arbeit gliedert sich in sieben Teile (Oberkapitel I-VII). Zunächst wird im folgenden Part skizziert, welche Gründe für das Entstehen und die Kultivierung von EU-kritischen Haltungen verantwortlich sind (Kapitel I, 2). Hierbei wird unterschieden zwischen Kausalfaktoren einerseits, welche ablehnende Einstellungen ursächlich hervorrufen, und Katalysatorfaktoren andererseits, welche sie in ihrer Genese und Existenz begünstigen. Dies dient sowohl einem besseren Verständnis der Hintergründe des Untersu-

10 Vgl. exempl. Forster 2002, Busch/Knelangen 2004, Harmsen 2004, Gilland 2004, Raunio 2007 sowie Llamazares/Gramacho 2007.

11 So wurden etwa analytische Raster erstellt, inwieweit bestimmte Parteien als „euroskeptisch“ einzustufen sind, welche signifikanten Kriterien und Unterscheidungsmerkmale sie aufweisen und welche Rolle sie im politischen System des jeweiligen Staates einnehmen (vgl. exempl. Taggart 1998, Ray 2004, Szczerbiak/Taggart 2008 sowie de Vries/Edwards 2009).

chungsgegenstandes als auch der Gewinnung empirisch-analytischer Anhaltspunkte für die historische Untersuchung. So kann im geschichtlichen Teil der Arbeit überprüft werden, ob die von der Wissenschaft aufgestellten Erklärungsmodelle, welche im Regelfall auf neueren Daten basieren, für die Erklärung nicht nur gegenwärtiger, sondern auch zurückliegender Formen von Ablehnung, Kritik und Zweifel an den europäischen Institutionen sowie europapolitischen Vorgängen erhalten können. Methodisch wird hierfür auf quantitative Untersuchungen zurückgegriffen, die überwiegend auf der Basis von Regressionsanalysen operieren.

Der zweite Teil der Arbeit wird als »Begriffsarchäologie« bezeichnet (II). In ihm wird eine eingehende Untersuchung des Terminus' »Euroskeptizismus« vorgenommen, welche zu korrigieren sucht, dass es sich bei diesem Wort um einen nur wenig linguistisch wie polit-ideengeschichtlich reflektierten Ausdruck handelt. Hierfür wird zunächst das Wort »Euroskeptizismus« in seine beiden Bestandteile zerlegt und der Terminus »Skeptizismus« unabhängig von der populären Verwendung des Wortes »euroskeptisch« betrachtet (Kapitel II, 1). Hierfür liefert vor allem ein Exkurs in die Philosophie das nötige Fundament, sodass am Anfang dieses Teils eine Auseinandersetzung mit dem philosophischen Skeptizismus steht. Eine vollständige Darstellung der skeptischen Philosophie ist dabei ebenso wenig durchführbar wie notwendig. Für die Skizzierung grundsätzlicher Merkmale und Entwicklungslinien des philosophischen Skeptizismus' ist die Betrachtung ausgewählter Etappen der skeptischen Ideengeschichte ausreichend. Ausgehend von den dabei erarbeiteten philosophisch-skeptischen Parametern wird anschließend ein Idealtypus eines Euro-*Skeptikers* konstruiert, der dieser Klassifizierung vor philosophischem Hintergrund gerecht wird. Diese theoretisch-kategorische Grundlage ist für die Arbeit insofern wichtig, als davon ausgegangen werden kann, dass Einstellungen und Vorgehensweisen, die mit den Merkmalen des philosophischen Skeptizismus' zumindest in Ansätzen in Verbindung zu bringen sind, andere Auswirkungen auf die europäische Integration haben als pauschale EU-Anfeindungen.

Im darauf folgenden Abschnitt wird der Analyse des Begriffs vor philosophischem Hintergrund gegenübergestellt, welche Bedeutungen dem Begriff »Euroskepsis« bzw. -»skeptizismus« bislang tatsächlich in der öffentlichen Debatte zugeordnet worden sind (Kapitel II, 2). Auf diese Weise werden Schnittmengen und Parallelen, vor allem aber Widersprüche aufgezeigt, die zwischen dem philosophischen Skeptizismus und dem Schlagwort »Euroskeptizismus« im Kontext der europäischen Integration beste-